LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/7607
19. 10. 2018

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Verfassungsschutzbericht Linksextremisten in Rheinland-Pfalz

Linksextremisten streben danach, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Gesellschaft zu ersetzen. Das linksextremistische Potenzial umfasst laut dem Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz etwa 500 Personen, darunter ca. 100 Gewaltorientierte.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie gliedern sich die 500 Personen in Rheinland-Pfalz nach Kommunen auf?
2. Welche der 500 Personen sind im Besitz eines Kleinen Waffenscheines, einer Waffenbesitzkarte oder eines Jagdscheines?
3. Wurden den rheinland-pfälzischen Fahrerlaubnisbehörden die Namen der 500 Personen, im Hinblick auf eine Prüfung einer charakterlichen Geeignetheit zum Führen von Fahrzeugen, übermittelt? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie viele Aufenthaltsverbote wurden gegen Linksextremisten nach § 13 Abs. 3 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz ausgesprochen?
5. Wie viele Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen festgestellt wurde, dass Beamte oder Tarifbeschäftigte des Landes Rheinland-Pfalz, des Bundes oder einer Kommunalbehörde der linksextremistischen Szene zuzuordnen sind (ggf. bitte nach Funktion und Behörde aufgegliedert)?
6. Falls die Frage 5 mit Ja beantwortet wird, wie und mit welchem Ausgang hat der Dienstherr bzw. Arbeitgeber jeweils reagiert?
7. Wo ist die linksextremistische Szene in Rheinland-Pfalz besonders stark vertreten?

Matthias Lammert

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 23. Oktober 2018